

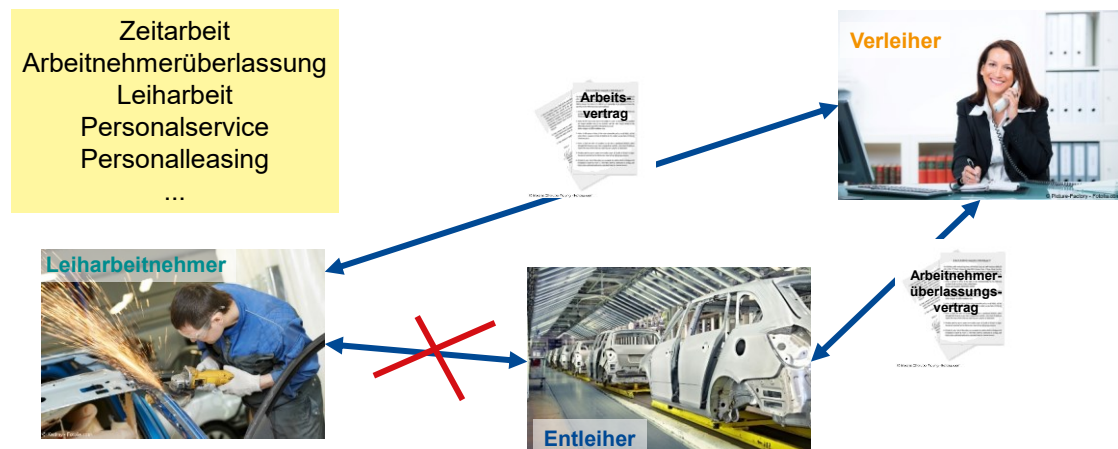
Zeitarbeit – Rechtliche Grundlagen

- **Gesetz zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung (AÜG)**
(Arbeitnehmerüberlassungsgesetz – AÜG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158), zuletzt durch Artikel 55 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist
(Überlassungshöchstdauer max. 18 Monate, Equal-Pay spätestens nach 9 Monaten)
- **Arbeitsschutzgesetz**, § 12 Abs. 1 und 2 ArbSchG
- **Arbeitssicherheitsgesetz**, § 5 Abs. 2 und § 2 Abs. 2 ASiG
- **Siebtes Sozialgesetzbuch**, § 193 Abs. 1 SGB VII
- **Betriebsverfassungsgesetz**, §§ 7, 75 (1), 80 ff, 92 (1), 99
- **DGUV Vorschrift 1** „Grundsätze der Prävention“, § 4
- **DGUV Regel 115-801** „Branche Zeitarbeit – Anforderungen an Einsatzbetriebe und Zeitarbeitsunternehmen“

ID 070513

2

Vertragsbeziehungen



ID 034775

3



Fragen zur Zeitarbeit

1. Wer ist im Unternehmen gegenüber den Zeitarbeitnehmern weisungsbefugt?
2. Wer bezahlt die arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchung?
3. Wer stellt und bezahlt die Persönliche Schutzausrüstung?
4. Wer ist für die Unterweisungen zuständig?
5. Kann bei Problemen der Leiharbeiter ausgetauscht werden?
6. Wo sind die Leiharbeiter gegen Unfälle versichert?
7. In welchen Fällen haftet Ihr Unternehmen?
8. Wer bezahlt die Sachschäden, die Zeitarbeiter verursachen?
9. Was kommt auf Ihre Fachkraft für Arbeitssicherheit und Ihren Betriebsarzt beim Einsatz von Zeitarbeit zu?
10. Wem sind Unfälle zu melden?

ID 070516

4



Zeitarbeit – Grundlagen

Warum werden Zeitarbeiter beschäftigt?

Vorteile:

- Einsparung von Kosten, Personal steht kurzfristig zur Verfügung
- Anpassung an wechselnde Auftragslage
- Konzentration auf Kernkompetenzen
- Vertretung (Urlaub, Krankheit, Mutterschaft)
- projektbezogener Einsatz von Fachpersonal
- kein Kündigungsschutz

Nachteile:

- Einarbeitung immer erforderlich
- zusätzliche Belastung des Stammpersonals
- höherer Organisationsaufwand
- steigendes Unfallrisiko

ID 070517

5

Zeitarbeit – Merkmale

- Bereitstellung geeigneter, arbeitsbereiter Arbeitnehmer
- Eingliederung der Arbeitnehmer in die Betriebsorganisation des Entleihers
- Weisungsrecht hinsichtlich Ausführung der Arbeitsleistung liegt beim Entleiher
- Keine Gewährleistung durch den Verleiher für die zu erbringende Leistung
- Pflichten des Arbeitsschutzes obliegen dem Entleiher und zwar unbeschadet der Pflichten des Verleihers
- Vergütung nach Zeiteinheiten



ID 070519

6

AÜG – Erlaubnispflicht

(**A**rbeitnehmer**Ü**berlassungs**G**esetz)

Verleiher müssen eine Erlaubnis haben,
wenn sie gewerbsmäßig Entleihern
Leiharbeitnehmer zur Arbeitsleistung
überlassen wollen.

ID 070521

7



AÜG – Besonderheiten im Baugewerbe

Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung in Betrieben des Baugewerbes für Arbeiten, die üblicherweise von Arbeitern verrichtet werden, ist grundsätzlich **unzulässig** und nur ausnahmsweise gestattet:

- zwischen Betrieben des Baugewerbes und anderen Betrieben, wenn dies in einem für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, der diese Betriebe erfasst, geregelt ist.
- zwischen Betrieben des Baugewerbes, wenn der verleihende Betrieb nachweislich seit mindestens drei Jahren von denselben Rahmen- und Sozialkassentarifverträgen oder von deren Allgemeinverbindlichkeit erfasst wird.

ID 070522

8



AÜG - Erlaubnisfreiheit (1)

AÜ zwischen Arbeitgebern desselben Wirtschaftszweiges zur Vermeidung von Kurzarbeit oder Entlassung

Voraussetzung: Tarifvertrag sieht dies vor

Kollegenhilfe, d. h., wenn AG mit weniger als 50 AN zur Vermeidung von Kurzarbeit oder Entlassung AN ausleiht

(max. 12 Monate) – **Achtung: Anzeigepflicht**

Abordnung von Arbeitnehmern einer Arge zur Herstellung eines Werkes

ID 070523

9



AÜG – Erlaubnisfreiheit

AÜ zwischen Arbeitgebern desselben Wirtschaftszweiges zur Vermeidung von Kurzarbeit oder Entlassung

Voraussetzung: Tarifvertrag sieht dies vor

Kollegenhilfe, d. h., wenn AG mit weniger als 50 AN zur Vermeidung von Kurzarbeit oder Entlassung AN ausleiht

(max. 12 Monate) – **Achtung: Anzeigepflicht**

Abordnung von Arbeitnehmern einer Arge zur Herstellung eines Werkes

ID 070523

10



AÜG – Erlaubnisfreiheit

Konzerninterne AÜ,
d.h., wenn der Arbeitnehmer vorübergehend seine Arbeit bei einem anderen Unternehmen des Konzerns leistet.

AÜ ins Ausland,
wenn der Arbeitnehmer an ein deutsch/ausländisches Gemeinschaftsunternehmen verliehen wird, an dem der Verleiher beteiligt ist.

AÜ in Ausnahmesituationen
(z. B. in Hilfe- und Katastrophenfällen)

ID 070524

11



Ausländische Leiharbeiternehmer (§§ 15, 15 a AÜG)

Der Verleih bzw. das Entleihen von Ausländern

- ohne Aufenthaltstitel,
- Aufenthaltsgestattung oder
- Duldung,
die zur Ausübung der Beschäftigung berechtigen und/oder
- ohne Arbeitsgenehmigung (EU-Bürger*)

ist strafbar.

* Uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit genießen Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien und Zypern sowie seit dem 1. Mai 2011 Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, die Slowakische Republik die Tschechische Republik und Ungarn

ID 070525

12



AÜG – Arbeitnehmerüberlassungsvertrag

muss **immer schriftlich** sein

Verleiher

- muss darin bestätigen, dass er die Erlaubnis zur gewerbsmäßigen AÜ besitzt
- hat den Entleiher unverzüglich über den Zeitpunkt des Wegfalls der Erlaubnis zu unterrichten

Entleiher

- muss angeben, welche besonderen Merkmale die Tätigkeit des Leiharbeitnehmers hat und welche berufliche Qualifikation erforderlich ist

ID 070526

13

AÜ-Vertrag – Rechtsfolgen bei Unwirksamkeit

Gesetzliche Fiktion:

Es entsteht ein Arbeitsverhältnis zwischen überlassenen Arbeitnehmern und Entleiher.

Folgen für den **Entleiher**:

Er muss Arbeitgeberpflichten einhalten, Lohn zahlen und wird Gesamtschuldner bzgl. Sozialabgaben, Steuern.

ID 070527

14

AÜG – Arbeitsschutz

Pflichten des Arbeitsschutzes obliegen Verleiher und Entleiher

Unterrichtung des Leiharbeitnehmers über:

- erforderliche Qualifikationen
- berufliche Fähigkeiten
- besondere ärztliche Überwachung
- Gefahren des Arbeitsplatzes einschließlich Schutzmaßnahmen

§ 11 Absatz 6 AÜG

ID 070528

15



Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG)

- Benachrichtigung der Fachkraft für Arbeitssicherheit und des Betriebsarztes, § 5 Abs. 2 und § 2 Absatz 2

Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) und DGUV Vorschrift 1

- Unterweisung durch Entleiher unter Berücksichtigung der Qualifikation und Erfahrung der LAN (arbeitsplatzspezifisch), § 12 Abs. 1 und 2 ArbSchG
- Unterweisung nach § 12 Abs. 1 ArbSchG und deren Dokumentation und Wiederholung (mind. 1 x jährlich), § 4 Abs. 1 DGUV Vorschrift 1

Sozialgesetzbuch VII

- Anzeigepflicht bei Unfällen von im Unternehmen tätigen Versicherten: „Die Unternehmer haben Unfälle von Versicherten **in ihren Unternehmen** dem Unfallversicherungsträger anzuzeigen ...“, § 193 Absatz 1 SGB VII

ID 070529

16



Zeitarbeit – Beispiel Regress infolge Arbeitsunfalls

Situation:

- Einsatz des LAN an einer Maschine (eilige Aufträge) trotz fehlender Schutzabdeckung eines Kettenantriebes, Maschine war noch nicht abgenommen
- keine Unterweisung
- durch Eingriff in den Kettenantrieb Verlust der Finger der rechten Hand

Regress gegen Firma A + Betriebsleiter Firma A (Entleiher), Urteilsbegründung:

- Inbetriebnahme trotz fehlender Sicherheitseinrichtung (wissentlich) und fehlende Not-Halt-Einrichtung
- keine Unterweisung über die besonderen Gefahren (auch der unterweisende Vorarbeiter hatte keine Kenntnis davon)
- grobe Fahrlässigkeit seitens Betriebsleiter (Entleiher) führte zum Arbeitsunfall
- kein Mitverschulden des Geschädigten
- kein Vorrang wirtschaftlicher Interessen des Unternehmens vor Sicherungsinteressen für die Beschäftigten

ID 070532

17



Zeitarbeit – Beispiel Rechtsfolgen infolge Arbeitsunfalls

Strafrecht:

- Strafbefehl wegen fahrlässiger Körperverletzung, 60 Tagessätze a 150 €
- verurteilt nach Berufung zu 70 Tagessätzen a 70 € gegen den Betriebsleiter

Regress:

- Erstattung der Aufwendungen in Höhe von ca. 50 T€ zzgl. Zinsen sowie aller noch notwendigen Aufwendungen aus Anlass des Arbeitsunfalles gesamtschuldnerisch durch Entleiher und Betriebsleiter
- Berufung durch OLG abgelehnt

Haftpflichtversicherung tritt nicht ein

ID 070534